

Sollen wir uns mit Frankreich verständigen?

PR ES ist in der letzten Zeit wieder viel von einer Verständigung mit Frankreich die Rede, und regelmäßig pflegen in solchen Zeitabschnitten bei beiden Nationen die Meinungen der Befähigten und der vernünftigen Kreise hart aneinander zu stoßen. Die Annäherungsversuche pflegten bisher lediglich von Deutschland auszugehen und sie haben jenseits der Boreien keinen Widerhall gefunden. Das französische Genie erglänzt heute noch in der Erinnerung an den vor 40 Jahren von Deutschland erhaltenen Schlag, als ob dieser gestern erlitten worden sei, und

man kann nicht vergessen.

Groß war der Sieg Deutschlands; größer die Unfähigkeit Frankreichs, die Niederlage zu verkraften. Nie hat ein Volk so lange am Schmerze über verlorene Schlachten gezecht, d. h. am Schmerze über geschmähten Ruhm, nicht über Provinzen, die dem früheren Eigentümer zurückgegeben wurden. Das fortgesetzte vernehmliche Seufzen über verlorene Gebiets-teile verbürgt nur schlecht den tödlich gekränkten Ehrgeiz, der sich auch dann nicht erholen würde, wenn ein nachsichtmännlicher Staatsmann und das deutsche Volk sich entschließen wollten, ohne den Zwang eines unglücklichen Krieges die gewonnenen Provinzen wieder herauszugeben. Sicher ist, daß Deutschland, England und die Ver. Staaten, deren Bürger nicht weniger thätig sind, als die Franzosen, sich längst über einen vor 40 Jahren verlorenen, selbstverschuldeten Krieg mit ihrer Eigenliebe abgesunden hätten. Der Franzose hält an der Legende fest, daß seinem Lande der Krieg durch die Kunst Bismarcks

die Kunst Bismarcks

aufgedrungen wurde, was aber die Tatsache nicht ändert, daß es ausschließlich Frankreich bis zum Augenblick der von ihm ausgegangenen Kriegserklärung überlassen war, Frieden zu bewahren oder Krieg zu eröffnen. Und es darf nicht übersehen werden, Frankreich wurden im Frieden zu Frankfurt

keine unmöglichen Bedingungen

aufgezwungen; der siebziger Krieg hat es nicht in seinem Lebensnerve getroffen, und seitdem wurde es von Deutschland nicht in seiner Existenz bedroht. Trotzdem hält es an dem Plan einer an Deutschland zu leistenden Revanche unentwegt fest und schloß deshalb das unnahefelde und kostspielige Bündnis mit Rußland und das Übereinkommen mit England. Leider ist eine Änderung dieser Gefühlspolitik nicht zu erwarten, aber es ist eines jeden Staates und einer jeden Regierung würdig, mit einem Nachbarstaat

die Handelsbeziehungen

nach Kräften zu bessern, weil sich gerade durch eine engere Verbindung auf dem Gebiete des Handels die politische Annäherung leichter und meist von selbst vollzieht. Darum ist es auch voll zu billigen, wenn auf deutscher Seite nicht unterlassen wird, wenn es gilt, Handelskrisen und deren Verbindungen heilsam zu sein, den Verkehr mit Frankreich auszubauen. Das manchen Seiten diese Bestrebungen der deutschen Regierung zu weit gehen, ist deshalb höchst bedauerlich, weil noch kein Staat seine Größe auf die Dauer wahren konnte, wenn er mit dem Nachbar über „korrekte Verbindungen“ nicht hinauskam. Anders ist es auf dem Gebiete der Politik. Dem Sieger von 1870 steht das Recht zu, den Sieg nicht eher zu vergessen, als Frankreich seine Niederlage. Ein kommendes Geschlecht wird, so darf man hoffen, über die inzwischen vervollkommenen Handelsbeziehungen hinweg den Weg zur Verständigung auf politischem Gebiete ganz allein finden, ohne daß einer der beiden Staaten dabei auch nur den Schein einer Demütigung erleiden müßte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Laufe des Monats August gedent Kaiser Wilhelm während des Aufenthalts

Auf der Bahn des Verbrechens.

8) Detektivroman von Max Arndt-Denart. (Fortsetzung.)
„Aber ich bitte Sie, was soll ich machen?“ fragte Samuel Wolf.
„Warten Sie noch, bis die Klage entschieden ist!“ beschwichtigte ihn Marbach.
„Und wenn Sie dann das Geld erhalten, wo bleibe ich?“
„Sobald ich die Summe ausbezahlt erhalte, bezahle ich Ihnen meine Schuld.“
„Die Entschädigung kann lange dauern.“
„Sie wissen aber, daß ich im Begriffe stehe, mich mit einer sehr wohlhabenden Dame zu verloben.“
„Verlobt ist nicht verheiratet!“
„Wenn Sie mich nicht drängen, und noch ein paar Wochen nur schweigen, dann bin ich ein gewachter Mann.“
Samuel sann einen Augenblick nach.
„Nehmen Sie mir eine Sicherheit bieten,“ sagte er endlich, „daß Sie im Testament dem Herrn Klinger wirklich 15 000 Mark ausgesetzt erhalten haben?“
„Räthlich,“ entgegnete Marbach. „Er entnahm seiner Brieftasche eine beglaubigte Abschrift des Testaments und reichte sie dem Geldverleiher, der sie lange prüfte.“
„Gut,“ sagte er, „ich werde noch warten.“
Mit einem tiefen Seufzer der Enttäuschung verließ Marbach das Haus. Als er gegangen war, murmelte der alte Samuel vor sich hin: „Der Herr Klinger war kein guter Geschäftsmann — nein das war er nicht.“

der kaiserlichen Familie auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel in Mainz einzufragen, um in Gegenwart des Großherzogs von Hessen auf dem dortigen „Großen Sande“ einer Truppen-schau beizuwohnen.

Der russische Minister des Außen, Szwolski, wird demnächst in Berlin von Kaiser Wilhelm in Audienz empfangen werden.

Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg hat den Vorsitz im Gerechtigkeit für die Ostmarkenausstellung in Posen 1911 übernommen.

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes die Zustimmung erteilt.

Die Reichstagserversammlung für den verstorbenen Dr. Hermes (fortf. Sp.) im Wahlkreis Jauer-Bollenshain-Bundes-hut ist auf den 1. Juni festgesetzt worden.

Die Wahlrechtskommission des preuß. Herrenhauses hat die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage nach dem Entwurf des Abgeordnetenhauses beendet. Die Vorlage ist nur insoweit verändert worden, als das Herrenhaus die Zulassung größerer Wahlbezirke und die Abschaffung der von der Regierung vorgeschlagenen Vorrechte der Bildung und Führung beschloß. Der Entwurf wurde bei der Gesamtstimmung in der ersten Lesung nur mit knapper Not — zehn Stimmen zu neun — angenommen. Man sieht also, daß das Schicksal der Vorlage noch keineswegs entschieden ist.

Soweit bisher zu übersehen ist, sind nicht alle Arbeitgeber im Baugewerbe dem Beschlusse, ihre Arbeiter auszulassen, beigetreten. So haben z. B. die Arbeiter in Pommern am 1. März 1911 angekündigt, nicht mehr zu arbeiten, sondern, besonders in den Städten, die Arbeiter auszulassen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Krise noch durch ein Abkommen beigelegt wird, ehe sie schwere wirtschaftliche Schäden hervorgerufen hat.

Österreich-Ungarn.

Der österreichische Budgetaus-schluß beschloß mit knapper Mehrheit, die Regierung zu ermächtigen, zur Deckung der außerordentlichen Militärausgaben eine Anleihe von 220 Millionen statt der von der Regierung beantragten 182 Millionen aufzunehmen. Das ein Budgetauschluß mehr bewilligt, als die Regierung für Heereszwecke verlangt, dürfte ein seltener Fall in der Parlamentsgeschichte sein.

Das Komitee für die Errichtung eines deutsch-österreichischen Bündnisdenkmals, das sich im vorigen Jahre unmittelbar nach der Befestigung der serbischen Krise in Wien gebildet hatte, ist jetzt aufgelöst worden. Der Denkmalsplan dürfte somit als gescheitert zu betrachten sein. Die Begeisterung der in Betracht kommenden österreichischen Kreise für den hilfsbereiten Bundesgenossen hat also knapp ein Jahr gedauert.

Frankreich.

An unterrichteter Stelle in Paris wird die Meldung bestätigt, daß Präsident Fallières im Laufe des Jahres 1911 einen Besuch in Rom machen wird. Die Entscheidung in diesem Sinne soll bereits seit einigen Monaten getroffen sein.

Die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird im September d. Vertreter aller Nationen in Paris zu einem Kongress vereinen. Man kann diesen Beratungen nur von ganzem Herzen einen vollen Erfolg wünschen, denn im wirtschaftlichen Leben der Völker nimmt diese Frage den ersten Platz ein.

Die im Laufe des Sommers stattfindenden großen französischen Flottenmanöver sollen den Charakter wahrer Kriegssübungen erhalten. Sie werden wahrscheinlich das Mittelmeer zum Schauplatz haben. Es heißt, der Marineminister, Vizeadmiral Boué de Lapeyrière, werde den Mandern an Bord eines daran beteiligten Schiffes beizuwohnen.

England.

Die atlantische und die Heimaiss-Flotte sind, 100 Kriegsschiffe stark, von Dover

aus in die Nordsee abgedampft, um dort bis 28. April Übungen vorzunehmen.

Balkanstaaten.

Die türkische Deputierten-kammer beschloß, die Dauer des Dienstes im Heere auf 25 Jahre festzusetzen, wovon drei Jahre bei der Fahne abzuleisten sind. Die Dienstzeit bei der Marine wurde auf 18 Jahre festgelegt.

Russen.

Die Unruhen in Mittel-China, denen mehrere Europäer zum Opfer gefallen sind, und bei denen verschiedene Baulichkeiten der Fremden zerstört wurden, hat die englische Regierung veranlaßt, zwei Kanonenboote in den Jangtsekiang (der das Unruhengebiet durchfließt) zu entsenden. Die chinesische Regierung hofft noch immer, die Ruhe wiederherstellen zu können. Der Grund der allgemeinen Erbitterung liegt in den hohen Reispreisen, die durch europäische Händler in die Höhe geschraubt worden sind.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Montag die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung. Staatssekretär Delbrück war durch Krankheit verhindert, die Beratung einzuleiten. Abg. Spahn (Zentr.) erklärte es für wünschenswert, die Vorlage noch vor dem 1. Januar 1911 zu verabschieden. Den Arbeitern durch die Halbierung der Krankentagebeiträge die Stellung des Vorstehenden zu nehmen, halte er nicht für angängig, zumal da Mißstände nicht aufgetreten seien. Die Hinterbliebenenversicherung sollte rückwirkende Kraft erhalten. Abg. Schickert (L.) würde, falls die Eigenart der ländlichen Bevölkerung Berücksichtigung finde, einer Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landwirtschaft nicht widerstehen. Die Landkassen sollten davor nicht in die Schablone der anderen eingezwängt werden. Abg. Horn-Reuß (nat-lib.) erklärte sich mit der Ausdehnung der Versicherung auf ländliche Arbeiter einverstanden. Abg. Mugdan (fortf. Sp.) kann den Landkassen auf keinen Fall zustimmen, da sie die ländlichen Arbeiter zu Arbeitern zweiter Klasse machen. Abg. Kollembur (soz.) meinte, die Versicherungsgrenze von 2000 Mark Höchstlohnkomme sei für unsere heutigen Verhältnisse viel zu niedrig bemessen, wie der Entwurf überhaupt nur Verschlechterungen enthalte.

Am 19. d. wird die 1. Lesung der Reichs-versicherungsordnung fortgesetzt. Abg. Feiler v. Camp (freil.): Der Abg. Mollenhuth hat gestern wieder unser ganze Sozialgesetzgebung heruntergerissen. Aber wenn noch dieser Entwurf hier durchgeführt wird, so kommen wir in ein paar Jahren dahin, daß für diese Zwecke pro Jahr 1000 Millionen, also pro Tag 3 Millionen ausgegeben werden. Wenn Herr Mollenhuth da schon unsere Gesetzgebung als rückständig bezeichnet, wie will er dann erst über die englische Gesetzgebung urteilen! Der Entwurf will verschiedene Arten von Versicherungsämtern schaffen, um die Gemeindebehörden zu entlasten. Die Kommission wird da viel zu tun bekommen. Die Organisation der Kranken- und Unfallversicherung wird in der Hauptsache aufrecht erhalten. Aber es werden auch da zu viel Instanzen geschaffen, immer eine Instanz über die andre gesetzt. Mit der

Drangsalierung der Betriebskrankenkassen sind wir in keiner Weise einverstanden. Wir sind doch bisher mit dem, was die Betriebskassen leisteten, sehr gut auskommen. Das die Grund-sätze für Verteilung der Kosten bei den Krankenkassen geändert, die Beitragspflicht zwischen Arbeitern und Arbeitern halbiert wird, das halten wir nicht nur für richtig, sondern für dringend nötig. Denn auch die von Herrn Mugdan beklagte Abhängigkeit der Ärzte von den Kassenverbänden ist nur durch den Umstand, daß durch die bisherige Lasten- und Rechte-Verteilung zwischen Arbeitern und Unternehmern der sozialdemokratische Terror in den Orts-kassen ermöglicht wird. Die scharfe Kritik, die die Herren links an der Invalidenversicherung geübt haben, kann ich nicht teilen. Die Herren haben ganz übersehen, daß der Entwurf ja denen, die höher verdienten, keine freiwillige Zusatzbeiträge gestattete. Zum Schluß betone ich noch die Notwendigkeit einer Vereinfachung der geplanten Versicherung.

Direktor Caspar vom Reichsamt des Innern: Der Herr Staatssekretär bedauert, auch heute noch nicht hier sein zu können. Die Debatte hat doch in manchen Punkten eine erfreuliche Abwechslung mit der Vorlage ergeben. Und über andere, die bewundert wurden, wird sich hoffentlich eine Einigung erzielen lassen. Herr Spahn fragte an, wie es mit der

Krankensversicherung der Angehörigen

bede. Ich hoffe, daß der Entwurf im Herbst dem Hause zugehen kann. Die Rückführung der Hinterbliebenenversicherung bis zum 1. Januar 1910 würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen. Wollte man ferner dem Vorschlage des Herrn Mugdan gemäß nur ganz große generalisierte Krankentage zulassen, so würde darunter erstens die Selbstverwaltung leiden und die Garantien würden fehlen für einen geordneten Gang der Geschäfte. Herr Mollenhuth hat es bemängelt, daß man zwar für die betriebs-technischen Beamten bei der Invalidenversicherung und Unfallversicherung die Höchstgrenze für die Versicherung auf 3000 Mark bemessen, aber es bei der Krankenversicherung bei 2000 belassen hat. Aber eine Erhöhung auch da auf 3000 Mark würde für die Ärzte ein Gegenstand größter Sorge sein. An dem Nebeneinanderbestehen von Kassenmitgliedern und freiwilliger Arztwahl muß die Regierung festhalten. Abg. Kulerski (Pol.): Im allgemeinen haben wir diesen Entwurf nicht mit besonderer Befriedigung aufgenommen. Er enthält zu einige Fortschritte. Aber diese wegen die realistischen Bestimmungen des Entwurfs nicht auf. Die Selbstverwaltung wird zu sehr beschnitten zugunsten bürokratischer Vorarbeiten. Für die freie Arztwahl können wir uns unmöglich entscheiden.

Abg. Behrens (fortf. Sp.): Es hat sich geübert, die Industrie könne größere soziale Belastungen nicht mehr ertragen. Trotzdem will sie jetzt 66 Mill. M. mehr auf sich nehmen, indem sie dem zustimmt, daß die Krankenversicherungsbeiträge zwischen Unternehmern und Arbeitern halbiert werden. Allerdings wollen sie dafür auch

mehr Rechte in den Krankenkassen.

Das ist ihnen 66 Millionen wert. Gerade das ist aber auch den Arbeitern 66 Millionen wert. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Arbeiter sich gegen diese Änderung wehren. Die Reform darf die Selbstverwaltung nicht antasten und nicht bürokratisch sein. Mit der Ausdehnung der Versicherung sind wir einverstanden. Zu wünschen ist eine größere Zentralisation der Krankenkassen. Ich selbst bin gegen eine „Halbierung“ der Kassenbeiträge. Der größere Teil meiner politischen Freunde trägt aber Bedenken, daß die Halbierung ausbleiben wegen der politischen Mißstände, die von den Sozialdemokraten mit den Kassen getrieben worden sind. Der Regelung der Artfrage, wie der Entwurf sie vorsieht, können wir nicht zustimmen.

Abg. Gräfe (Reform): Wir sind mit der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt nicht einverstanden. Es geht nicht an, den Unternehmern durch die Halbierung der Beiträge 60 Mill. M. an neuen Lasten aufzuerlegen.

Abg. Wedder-Kensberg (Ztr.): Wo bleibt mir der Reichsanwalt bei diesem wichtigen Gesetz? Auf dem Handeistag ist er erschienen und der Reichstag ist doch ein mindestens ebenso wichtiger Körper. Erst von der Gestaltung der Versicherungsämter in der Kommission wird es abhängen, ob wir ihnen zustimmen.

Abg. Baull-Posdam (konl.): Ich treue mich, daß die Vorlage in einer so klaren und deutlichen Sprache abgefaßt ist. Der einheitliche Unterbau der Vorlage ist anzuerkennen. Aber wir haben doch Bedenken gegen die Versicherungsämter. Es muß eingehend geprüft werden, ob wir einen so großen arztlichen Unterbau haben müssen. Der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Land- und Hausarbeiter stimmen wir zu. Die Erleichterung der Betriebskassen wird in Frage gestellt. Und doch haben die Kassen besser gearbeitet, als die Ortskrankenkassen. Man sollte sie deshalb fördern. Die Halbierung der Beiträge erregt in Handwerkerkreisen schwere Bedenken. Die Handwerker sind von einer wesentlichen Verbesserung ihres Einkommens auf die Krankenkassen nicht überzeugt. Man legt einer einzigen Klasse eine so große Last auf, obwohl sie davon gar keinen Nutzen hat. Die Invaliden- und Altersversicherung bringt auch erhebliche Sätze. Die für die Hinterbliebenen-Versicherung zur Verfügung lebenden Mittel werden kaum ausreichen. Auch wird

neue Belastung der Arbeitgeber

nötig sein. Belastung und wieder Belastung. Wir haben die sozialpolitischen Lasten bisher getragen und haben sie nicht auf den Preis der Ware geworfen. Richtig müssen wir das tun und dann fragt sich, wie es mit unserer Konkurrenzfähigkeit im Auslande ausfallen wird.

Abg. Krüger (nat-lib.): Apotheker, Zahnärzte und Ärzte werden von dem Gesetz nicht unerbötlich in Mitleidenschaft gezogen. Zu ihren Gunsten wird in der Kommission manche Bestimmung geändert werden müssen.

Ministerdirektor Caspar: Die Kassen dürfen den Forderungen der Ärzte nicht ohne weiteres aus-geliefert werden. Darum haben wir beide Systeme gleichberechtigt nebeneinandergestellt. Das Haus vertagt sich.

Marbach machte sich auf den Weg zu einer Abendgesellschaft im Hause des Kommerzienrates Hedmann, mit dessen jüngster Tochter er sich demnächst zu verloben gedachte. Das Testament werde ich ihm zeigen, daß alle meine Besorgnisse unbegründet sind,“ murmelte er, als er die festlich erleuchtete Treppe der Hedmann-schen Villa hinauffrag.

Hermann Klinger saß in dem Hause, in dem sein Vater so lange Jahre gewohnt hatte. Welche Gedanken zogen durch seinen Kopf. Es war ihm leid geworden, daß er den Neffen der Frau Kruse mit seinen Ansprüchen unter Begünstigung auf das Testament abgewiesen hatte. Schließlich hatte er keinen Grund, als Erzieher des erwachsenen Menschen weiter zu wirken. Mit solchen Gedanken beschäftigt, war er sichtlich erfreut, als er Marbach bei sich eintreten sah. „Ich komme noch einmal,“ sagte der junge Mann.

Aber Hermann unterbrach ihn. „Ich habe mir die Sache überlegt. Ich werde Ihnen das Geld sobald als möglich zur Verfügung stellen.“

„Gut,“ entgegnete Marbach. „Er entnahm seiner Brieftasche eine beglaubigte Abschrift des Testaments und reichte sie dem Geldverleiher, der sie lange prüfte.“
„Gut,“ sagte er, „ich werde noch warten.“
Mit einem tiefen Seufzer der Enttäuschung verließ Marbach das Haus. Als er gegangen war, murmelte der alte Samuel vor sich hin: „Der Herr Klinger war kein guter Geschäftsmann — nein das war er nicht.“

„Und ich bitte Sie nur noch um wenige Tage Geduld. Wenn ich die andern Angelegenheiten meines Vaters erledigt habe, werde ich meinen Bankier mit dem Verlauf geeigneter Wert-papiere beauftragen, oder eine Hypothek auf das Haus aufnehmen, falls Sie es nicht vorziehen, Papiere in Empfang zu nehmen.“

„Nein,“ entgegnete Marbach. „Ich habe von Bankgeschäften schlechtes keine Ahnung. Ich werde daher warten, bis Sie geeignete Verkäufe vorgenommen oder Ihnen besser scheinende Verfügungen getroffen haben. Es ist ja nicht unmöglich, daß Sie schon in wenigen Tagen wieder in den Besitz des Ihres Vater geraubten Geldes kommen, dann dürfte sich ja die Angelegenheit ohne weiteres erledigen.“

Hermann sah erkaunt auf. „Ich verstehe Sie nicht,“ sagte er. „Nun, wenn die Untersuchung gegen Baum-gart abgeschlossen ist, kann Ihnen doch die Herausgabe Ihres Eigentums vom Gericht, beziehungsweise von der Bank nicht mehr verweigert werden.“

„Sie sind also überzeugt, daß Baumgart das Geld geraubt hat, um seinen Rassen-schuld zu deden?“

„Selbstverständlich!“
„Nun, ich muß sagen, daß ich diese Überzeugung, die allerdings auch anfänglich die meine war, nicht mehr zu teilen vermag. Baumgart behauptet nach wie vor, daß Geld von meinem Vater zunächst geliehen und dann geschenkt erhalten zu haben.“

„Halten Sie Ihren Vater für einen leicht-sinnigen Verschwendler?“

Hermann lachte einen Augenblick. Mar-bach's Einwand hatte ihn wieder wankend gemacht. Aber wie mit einem Zauberstrich tauchten vor ihm die lieben Erinnerungen Marach auf — und der Mensch, besonders wenn er lacht, glaubt ja so gern, was er hofft. Als Emil Marbach fortfuhr: „Man kann den Erzählungen des Angeklagten keinen Glauben schenken,“ sagte Hermann:

„Warum nicht?“
„Weil an der Schuld dieses Mannes jetzt noch zu zweifeln, heller Wahnsinn wäre. Die Beweise sind so klar und überzeugend, daß jeder Zweifel hinfällig erscheint. Die Untersuchung ist ja auch bereits abgeschlossen und es wird nicht mehr lange bis zur Hauptverhandlung dauern.“

Hermann seufzte schwer. „Also, Herr Klinger, ich darf bezüglich des Geldes auf Ihre Nachricht rechnen, nicht wahr?“ fragte Marbach.

„In einigen Tagen!“
„So grüßen Sie, bitte, meine Tante von mir, ich habe nämlich große Güte; da ich für meine Braut noch einige Besorgungen machen will.“

„Für Ihre Braut?“
„Ja, wissen Sie denn noch nicht? Ich werde mich in wenigen Tagen mit Fräulein Hedmann, der Tochter des Kommerzienrates Hedmann, verloben.“

„Da möchte ich von ganzem Herzen Glück!“
„Danke, danke, auf Wiedersehen, Herr Klinger.“